

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	6
Artikel:	Nach Franco wollten die Spanier keine Konservativen mehr : die Wende war sozialistisch
Autor:	Moral, Manuel
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340627

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Elend in der extremen, skandalösen Ausprägung, wie wir sie heute kennen, nicht auf Dauer nebeneinander existieren können.

In diesem Sinne vertraue ich auf die Kraft der Vernunft – komme sie nun aus der schmerzlichen Erfahrung oder aus der rationalen Analyse. Letztlich ist das nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass wir alle – Sie an Ihrem Platz, wir an dem unsfern – unsfern Beitrag leisten, dass die Einsicht in die Unhaltbarkeit und Unerträglichkeit der Dinge schliesslich dazu führt, dass wir

sie überwinden. Sie sind für drei Wochen in der Schweiz. Wir freuen uns darüber.

Als der Europarat seine Nord-Süd-Kampagne lancierte, um mit verschiedenen Aktivitäten zwischen März und Juni dieses Jahres die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Öffentlichkeit auf die Nord-Süd-Problematik zu lenken, haben wir uns überlegt, welchen Beitrag wir leisten könnten. Dabei fiel diese Kampagne in unserem Hause insofern auf guten Boden, als ihre Ziele praktisch dekkungsgleich sind mit dem Konzept, das wir im Rahmen unse-

rer wöchentlichen Rubrik «Südsicht» journalistisch umsetzen: mit sachlicher Informationsarbeit einen Beitrag zu leisten zur Förderung der Einsicht, dass eine solidarische Haltung gegenüber der Dritten Welt sowohl einer politischen Notwendigkeit als auch einer moralischen Verpflichtung entspricht.

Ich wünsche Ihnen eine interessante, menschlich sympathische Zeit in diesem schönen, ein bisschen verstockten Land. Und uns wünschen ich, dass wir von Ihnen lernen.

Andreas Blum

Nach Franco wollten die Spanier keine Konservativen mehr

Die Wende war sozialistisch

Von Manuel Moral

Auf den ersten Blick mutet es fast wie ein Paradox an, dass die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) die bis heute umstritten stärkste politische Kraft in Spanien ist, spricht man doch sonst in Europa allgemein von einer «Krise des Sozialismus». Nimmt man jedoch die spanischen Verhältnisse genauer unter die Lupe, stellt sich heraus, dass die gleichen sozialen und gesellschaftlichen Mechanismen, die gleichen politischen Widersprüche und die gleichen wirtschaftlichen Sachzwänge, die in der neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft zurzeit zugunsten eines konservativen Trends zu wirken scheinen und den demokratischen Sozialismus in eine ideologische Zwickmühle treiben, umgekehrt in Spanien zur gegenwärtigen politischen Hegemoniestellung der PSOE geradezu beitragen.

Wechsel nach Franco

Nach den atemberaubenden Jahren des Übergangs zur Demokratie nach Francos Tod und der bereits nach 1977 einsetzenden allgemeinen gesellschaftlichen Mobilmachung für einen echten sozialen und politischen «Wechsel», der, wie dann die Wahlen vom Oktober 1982 ganz deutlich zeigten, nach dem Willen einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (10 Millionen Ja-Stimmen für die PSOE) nur «die sozialistische Wende» sein konnte, haben wir es heute auch in Spanien mit einem zunehmenden gesellschaftlichen Trend zur politischen «Mitte» und mit der damit zusammenhängenden Neigung der spanischen Gesellschaft zur Erhaltung und Konsolidierung des materiell bereits Erreichten zu tun. Das ist eine ihrem Wesen nach konservative Grundhaltung, die um so stärker in Erscheinung tritt, desto sicherer

sich die Spanier ihrer wiedererlangten demokratischen Freiheiten fühlen. Ähnlich wie ihre europäischen Nachbarn wünschen sich die Spanier vor allem politische und wirtschaftliche Stabilität, die sie eben in der sogenannten «Mitte» suchen. Allerdings – und hier liegt bereits ein wesentlicher Unterschied – orten die meisten Spanier diese Mitte links und nicht rechts.

Die Erklärung hierfür ist ganz einfach. 40 Jahre faschistische Diktatur, die von Franco und manchen westlichen Freunden gern als «rechtskonservativ» ausgegeben wurde und die eine Normalisierung des sozialen und politischen Lebens der Nation bis zum letzten Augenblick gewaltsam verhinderte, haben bei einer breiten Mehrheit der Spanier ein schier unüberwindliches Misstrauen jedweder konservativen Option gegenüber verursacht. Der Konservatismus ist in den Augen der meisten Spanier der Hauptver-

antwortliche für die Langlebigkeit des demokratifeindlichen Franco-Regimes gewesen. Er hatte die Diktatur mitgetragen, dann, als sie langsam abbröckelte, das Regime stillschweigend geduldet und sich erst zögerlich davon distanziert, nachdem der Diktator gestorben war.

Scheitern der UCD

Die spanischen Konservativen sind erst ganz auf die Demokratie eingeschwungen, als der Nachfolger, König Juan Carlos, unmissverständlich deutlich gemacht hatte, seine Monarchie sei nicht im geringsten gewillt, das undemokratische Franco-Regime fortzuführen. Dass sich die Spanier in den ersten schwierigen Jahren des Übergangs für die von Adolfo Suárez (einem Mann der Falange und des Opus Dei) in der UCD, der «Vereinigung des demokratischen Zentrums», gesammelten Konservativen entschieden, steht nicht im Widerspruch zum vorher Gesagten. Es war ein Beweis der politischen Reife der spanischen Gesellschaft nach Franco. Die Spanier wollten die Ultras des Regimes nicht provozieren, die noch an den Schalthebeln der Macht sassen und die im Marxismus und dem damit gleichgesetzten Sozialismus den Erzfeind Spaniens sahen. Die Linke wollte den «demokratischen Bruch» mit dem alten Regime, sie wusste aber gleichzeitig, dass dieser Bruch nur durch Evolution, nicht durch Revolution möglich war. Suárez und seine gemässigten Konservativen neoliberaler Prägung waren eine notwendige Zwischenstation auf diesem evolutiven Weg.

Aber gerade weil die Spanier die politische und die wirtschaftliche Stabilität wollten (und immer noch wollen), wandten sie sich seit 1977 im-

mer mehr der PSOE zu als der einzigen politischen Kraft im Lande, die beides garantieren konnte. Denn nicht zuletzt seit dem kläglichen Scheitern der UCD an ihrer aus den widerstreitenden Machtinteressen der in ihr vereinigten Gruppierungen resultierenden Zerrissenheit und nach dem gescheiterten Putsch von franconostalischen Offizieren am 23. Februar 1981 fürchten die Spanier eine Bedrohung der noch jungen Demokratie vornehmlich von den Konservativen, denen 12 Jahre nach Franco immer noch «der Geruch der Diktatur» anhaftet und die heute noch von dem (zum Teil inzwischen unbegründeten) Verdacht verfolgt werden, sie könnten wieder zusammen mit dem Militär versuchen, die demokratischen Freiheiten einzuschränken oder gar das Rad der Geschichte noch einmal nach rechts herumzudrehen. Anders als die spanische KP (PCE), die ebenfalls mit den trüben Zeiten des Bürgerkrieges und – trotz des Eurokommunismus des früheren Generalsekretärs Santiago Carrillo – mit der Stalin-Gewaltherrschaft identifiziert wurde, bot sich den politisch links, wirtschaftlich jedoch konservativ fühlenden Spaniern die PSOE mit ihrer hundertjährigen demokratischen Tradition, ihrer Legitimation als linker Untergrundopposition gegen die Diktatur und mit ihrer «Moderneität» an. Sie erscheint den Spaniern als einzige Alternative für ein europäisch-fortschrittliches, politisch freiheitliches und wirtschaftlich modernes soziales Spanien. Als die spanischen Sozialisten unter der Führung ihres Generalsekretärs Felipe González auf dem 29. Parteitag (1979) – dem SPD-Beispiel von Bad Godesberg folgend – den Marxismus als historischen revolutionären Bestandteil der PSOE «aufga-

ben», war die spanische sozialistische Partei auch für das mehrheitlich konservativ eingestellte spanische Militär «tragbar». Mit der Umwandlung der alten Klassenpartei in eine moderne Volkspartei war also der Weg zur Regierungsverantwortung für die PSOE frei.

PSOE-Kritiker, zu denen nicht nur der linke Flügel der Partei, sondern auch zunehmend gemässigte Altkonservativen gehören, werfen dennoch inzwischen der sozialistischen Regierung vor, ihre Praxis – vor allem in der Wirtschaftspolitik – habe sich weitgehend von sozialistischen Grundsätzen entfernt und unterscheide sich nur in Nuancen von der Politik eines Reagan, einer Margaret Thatcher und eines Helmut Kohl. In den hitzigen Debatten vor dem 31. Parteitag will mancher Sozialist sogar mehr politische Übereinstimmung zwischen González und Kohl oder zwischen González und Goria entdeckt haben als zwischen der «Regierungs-PSOE» und ihren Schwesternparteien SPD und PSI.

Spanisches Paradox

Aber gerade hier taucht ein anderes spanisches Paradox auf: Nach der blamablen Niederlage des konservativen Lagers bei den Wahlen vom Oktober '82 und der seitdem offensichtlich gewordenen Unfähigkeit der spanischen Rechten, sich zu einer modernen, demokratisch-konservativen, staats- und regierungstragenden Partei europäischen Zuschnitts zu organisieren, sahen sich die spanischen Sozialisten immer mehr gezwungen, «konservative» Strategien zu übernehmen, um – wie Felipe González selbst immer wieder betont – überhaupt das «spanische sozialistische Projekt» in einer allerdings nicht bestimmten Zu-

kunft verwirklichen zu können. Ohne eine nennenswerte konservative Opposition im Parlament muss die PSOE-Regierung auch für die nicht sozialistisch oder sozialdemokratisch eingestellten Wähler- und Gesellschaftsschichten regieren, was auch bedeutet: Kompromisse zu schliessen. Und dies wiederum auch aus Systemgründen. Wenn auch die spanische Rechte politisch nur unzureichend organisiert ist, ihre faktische Macht im Militär, in den Kirchen und der Wirtschaft ist noch fast ungebrochen. In Spanien hat es nämlich nur einen Übergang zum Sozialismus, aber keine «sozialistische Revolution» gegeben. Das vergessen die Ungeduldigen allzuschnell.

Richtungsstreit

Gerade hier liegt allerdings auch die grösste Versuchung für die «Regierungs-PSOE», «einen faustischen Pakt» mit den Gegnern des Sozialismus zu schliessen, wie der kritische linke Flügel der PSOE und die sozialistische Gewerkschaft UGT immer wieder warnend erklären. Die «Besetzung konservativer Räume» durch die PSOE wird bisher von der Parteiführung als die beste Taktik ausgegeben, um sich die Macht in Spanien auf lange Sicht zu sichern. Indessen füchten PSOE-Analytiker mehr und mehr, dass sich auf manchen Gebieten, vornehmlich auf dem ökumenischen und sozialen Sektor, die «offizielle PSOE» in Richtung auf eine liberal-konservative Partei nach dem Muster einer Blüm-CDU hinbewegen könnte. In diesem Zusammenhang sind die Ähnlichkeiten zwischen dem gegenwärtigen Richtungsstreit innerhalb der PSOE und dem in der CDU/CSU entbrannten Disput und Geisslers «Lager-Theorie» verblüffend, wenn

auch spiegelverkehrt. Wird CDU-Generalsekretär Geissler aus München vorgeworfen, er wolle letzten Endes eine «sozialdemokratische CDU» schaffen, so wird PSOE-Chef Felipe González vom linken Flügel seiner Partei und von der gewerkschaftlichen Schwesterorganisation UGT beschuldigt, eine «konservative PSOE» nach christdemokratischem Muster anzustreben.

Tatsächlich bedient sich der Pragmatiker González desselben «Tricks» wie Geissler: den politischen Gegner mit seinen eigenen «Grundsätzen» auszuschalten. Dass die Konservativen gerne bei der Sozialdemokratie «klauen» und das demokratisch-sozialistische Gedankengut verfälschen, um ihre eigenen antikommunistischen Zwecke zu erreichen, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Inwieweit jedoch eine sozialistische oder sozialdemokratische Partei auf konservative Anleihen zurückgreifen darf, ohne auf die Dauer ihre Identität zu gefährden und ihre Ziele aufzugeben, ist eine andere, durchaus legitime Frage.

Das Hauptproblem der spanischen Sozialisten ist allerdings, dass sie in einem sehr kurzen Zeitraum und während einer allgemeinen Wirtschaftskrise alles nachholen müssen, was in den letzten Jahrhunderten in Spanien versäumt wurde. So muss die PSOE zunächst mit den Überbleibseln eines Feudalismus aufräumen, der nach dem blutigen Scheitern der Zweiten Republik 1939 unter dem siegreichen Franco mit neuer Kraft im faschistisch-nationalkatholischen Gewand fröhliche Urstände feierte. Auch nach 10 Jahren Demokratie kann man noch in manchen ärmeren Bauernregionen des Südens und in Galicien den «Caciquismo», das rurale Bonzentum, antreffen, das vornehmlich die Wahllisten der

rechtskonservativen Volksallianz speist.

Autonome Regionen

Eine andere Bewährungsprobe für die spanischen regierenden Sozialisten ist die Umwandlung des traditionellen zentralistischen Einheitsstaates in einen «Staat der autonomen Regionen», eine vorsichtige Formel, unter der sich ein föderatives System verbirgt. Auch hier glaubt die Regierungs-PSOE besonders umsichtig vorgehen zu müssen, um das Militär nicht zu reizen, das Föderalismus schlicht mit Separatismus gleichsetzt. Einer der von Franco als Rechtfertigung für seinen Aufstand gegen die spanische Republik angeführten Gründe war es ja gewesen, dass die Einheit Spaniens in Gefahr wäre, weil das Land, dem Beispiel von Basken und Katalanen folgend, sich ein föderatives System geben wollte. Mangels anderer imperialistischer Eroberungsziele im Ausland setzte sich der schmalbrüstige Franco-Faschismus zur Aufgabe, Spanien selbst zu «erobern» und zu «besetzen». Aber die «Unidad» (Einheit), die Franco den spanischen Regionen verordnete, war eher die «Uniformidad» (Uniformität) eines riesigen nationalistischen Konzentrationslagers. Das Autonomiegesetz der ersten Jahre des demokratischen Übergangs unter Adolfo Suárez war der Versuch, den spanischen Regionen auch ihre Freiheit zurückzugeben. Aber aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Militärs in dieser Frage der «nationalen Einheit» ist es bis heute eben nur bei diesem Versuch geblieben, der fortentwickelt werden sollte – bis hin zu einem echten Bundesstaat. So forderte neulich die PSOE Kataloniens unter starker Resonanz in ganz Spanien, dass die Föderalismus-Frage auf

dem 31. Parteitag der PSOE im Jänner zur Debatte gestellt werde. Die offizielle PSOE in Madrid winkte sofort ab. Die sozialistische Regierung fürchtet, dass der Föderalismus die starken separatistischen Tendenzen besonders im Baskenland fördern könnte. Demgegenüber machen die Befürworter eines spanischen Bundesstaates nach dem Modell der Bundesrepublik Deutschland geltend, dass gerade der jetzige «unfertige Zustand» des sogenannten «Autonomiestaates», als Mittelding zwischen «Zentralismus» und «Föderalismus», den baskischen und katalanischen Separatisten Appetit auf die Trennung vom spanischen Staat mache.

Erst ein fest verankerter Bundesstaat, der sich – bei einer weniger restriktiven Auslegung der Autonomiegesetze – ohne verfassungsrechtliche Schwierigkeiten aus den bereits bestehenden autonomen Regionen herausentwickeln liesse, würde dem ETA-Terror und jeder anderen «independistischen» Bestrebung den Boden unter den Füßen wegziehen. Nur der Bundesstaat mit der Monarchie als integrierendem Faktor, so argumentieren die sozialistischen Föderalisten weiter, könne das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller spanischen Regionen in einem spanischen Staat auf die Dauer gewährleisten. Die PSOE selbst blickt auf eine lange föderalistiche Tradition zurück, und der Föderalismus sei schliesslich der Weg Europas in die Zukunft.

Die soziale Frage

Die PSOE hat aber auch andere schwierige Probleme von der Vergangenheit geerbt, die dringend gelöst werden müssen, damit Spanien endlich in die «Moderne» eintritt. Neben der unaufschiebbaren Reform des

Unterrichts- (Schule und Universität) und Justizwesens sowie der Staatsverwaltung müssen die spanischen Sozialisten gleichzeitig die in Spanien bis heute versäumte bürgerliche Revolution nachvollziehen, die erste Industrialisierung zu Ende führen, die zweite technische Revolution vorantreiben und die dritte mikroelektronische Industrialisierung einleiten. In Spanien treffen drei verschiedene Gesellschaftsformationen aufeinander: Eine fast «vorproletarische» Gesellschaft mit stark bäuerlichen Elementen besteht immer noch neben einer sich schnell entwickelnden hochindustrialisierten Wohlstands- und Konsumgesellschaft mit breitem «Arbeitnehmer-Mittelstand». Dazu kommt in rasantem Tempo eine «elitäre Minderheitsgesellschaft» von Spezialisten, die bereits im Zeitalter der neuen Kommunikationstechniken lebt.

Der PSOE geht es vordergründig darum, die Übergänge zwischen diesen drei Gesellschaftsformationen zu ebnen, die krassen Unterschiede im sozialen Gewebe zu glätten. Dazu gehört die Aufgabe, die spanische Wirtschaft und Industrie dem EG-Niveau anzugleichen. Als erster Schritt auf diesem Weg wurde die Umstrukturierung (reconversión) der altmodischen und unrentablen (Stahl-)Industrie in Angriff genommen, was allerdings in einem Land mit einem noch unterentwickelten sozialen Netz bedeutete, dass immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit (bei über 3 Millionen Arbeitslosen) abgedrängt wurde: eine schwere Verantwortung für eine sozialistische Regierung, die für die unaufschiebar-notwendige Modernisierung den Arbeitern derartige Opfer abverlangt. Hier gerät auch die PSOE-Regierung in Konflikt mit den Gewerk-

schaften, den kommunistischen «Comisiones Obreras» (Arbeiterkommissionen), aber auch der sozialistischen UGT, die von links her heute die «eigentliche Opposition» zu den regierenden Sozialisten sind.

Opposition von links

Dabei ist für den spanischen Sozialismus der wachsende Widerstand der gewerkschaftlichen Schwesterorganisation UGT besonders drastisch. 1888 vom PSOE-Gründer Pablo Iglesias ins Leben gerufen, war die UGT immer mit der Partei eng verschmolzen. Aus der UGT rekrutieren sich bis heute viele PSOE-Kader. Für jedes PSOE-Mitglied besteht umgekehrt die Pflicht, Mitglied der UGT zu werden. Eine solche Verschmelzung war sinnvoll und unproblematisch in den Anfängen der spanischen Arbeiterbewegung, als es den Sozialisten darum ging, mit doppelter Kraft im Klassenkampf zuzuschlagen. Die Verflechtung PSOE/UGT erwies sich ebenfalls als überaus nützlich, als beide sozialistische Organisationen nach dem Bürgerkrieg von Franco fast zerschlagen und verboten wurden. Auch während des Übergangs zur Demokratie und bis zum Wahlsieg der PSOE im Jahre 1982 leistete die UGT der Partei grosse Dienste. Die Gewerkschaft war die soziale Kraft, die unter den Arbeitern den Kommunisten Mitglieder und Stimmen für die PSOE abrang. Aber nach fünf Jahren PSOE-Regierung wird nun immer deutlicher, dass interessens- und Aufgabenbereiche von Regierung, Partei und Gewerkschaft nicht immer identisch sein können. Die Regierung muss regieren und ihre «Hausaufgaben» für die ganze Gesellschaft meistern. Die Partei muss für theoretische und programatische Grundlagen sorgen, die Strate-

gien für die Praxis entwerfen und anwenden. Der Gewerkschaft fällt die Aufgabe zu, die Interessen der Arbeitnehmer in der sozialen Auseinandersetzung wahrzunehmen, ihre Forderungen im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren durchzusetzen.

In der heutigen Regierungspraxis der PSOE ist der UGT jetzt die ungewollte Rolle zugefallen, «das sozialistische Gewissen» der Partei zu sein, sehr zum Verdruss von Felipe González, der in seinem alten Freund und UGT-Generalsekretär, Nicolás Redondo, nun den mächtigsten Widersacher seiner Wirtschaftspolitik gefunden hat. Die UGT, bei der die Stimmen immer lauter werden, die eine Trennung von der Partei verlangen, erinnert die PSOE-Regierung ständig daran, dass die Politik einer sozialistischen Regierung nicht darin bestehen könne, «die Unternehmer auf Kosten der Arbeitnehmer zu sanieren», den Wohlstand für bestimmte «privilegierte Schichten» der Gesellschaft («die Besitzenden») bei zunehmender Verarmung der unterprivilegierten Schichten («die Nichtbesitzenden») zu vermehren. Im Gegenteil sei es notwendig, eine gerechte Umverteilung des Vermögens unter allen Spaniern zu erreichen. Solch massiver Kritik begegnet die PSOE von der Warte der Regierung aus mit dem Argument, der Sozialismus könne erst verwirklicht werden, wenn eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen sei. Felipe González wörtlich: «Von nichts kommt nichts.» Spanien brauche eine starke, investitionsfreudige Unternehmerschaft, «viele Rockefellers», die erst einmal Reichtum im Lande erwirtschafteten. Der Sozialismus, so González, sei nicht die Umverteilung der Armut, sondern die Umverteilung von Wohlstand.

Umverteilung von Wohlstand?

Wer hat nun recht? Auch die UGT sollte sehr genau zwischen legitimen Forderungen der Arbeitnehmer und Prinzipientreue auf der einen und gewerkschaftlichem Aktionismus auf der anderen Seite unterscheiden. Auch eine Gewerkschaft muss soziale Disziplin, Konsens- und Kompromissbereitschaft vermitteln. Die Hauptaufgabe der PSOE ist es ohne Zweifel, die strukturellen Unterschiede der spanischen Gesellschaft aufzuheben und auf dem Weg der Modernisierung des Landes fortzuschreiten, damit auch das sozialistische Ziel der Umwandlung der Gesellschaft durch mehr Wirtschaftsdemokratie und soziale Solidarität anvisiert werden kann. Der Weg dahin geht anerkanntemassen nur über einen stetigen Prozess der Reformen. Aber die Volkspartei PSOE kann angesichts der komplexen sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeit Spaniens auch heute noch nicht auf Inhalte, Strategien und Erfahrungen der alten marxistischen Arbeiterpartei von Pablo Iglesias verzichten. Manche noch vorhandenen sozialen Probleme in Spanien sind dieselben geblieben wie zu Zeiten der alten Arbeiterbewegung.

Aussen- und Sicherheitspolitik

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Aussen- und Sicherheitspolitik der PSOE-Regierung. Zwar bekennt sich die PSOE heute zum westlichen Bündnis als einem unverzichtbaren Bestandteil der spanischen Sicherheitspolitik. Aber das Eingebundensein Spaniens in die Nato und sein Verhältnis zur Grossmacht USA gehen nicht, wie im Falle der Bundesrepublik, auf ein «besonderes Schutzbedürfnis» zurück. Sie leiten sich eher her aus der geo-

strategischen Lage der Iberischen Halbinsel und aus dem daraus resultierenden besonderen Interesse Washingtons, Stützpunkte im Lande zu unterhalten. In EG-Mitgliedschaft und Nato-Zugehörigkeit sieht Spanien nicht nur die logische Konsequenz aus seiner geographischen und historischen Zurechnung zum europäischen Kontinent.

Beide Faktoren sind darüber hinaus und fast in erster Linie eine unverzichtbare Garantie für Spaniens wiedererlangte Demokratie, für die Konsolidierung und Fortentwicklung des demokratisch-parlamentarischen Systems. EG und Nato sind also hauptsächlich innenpolitische Sicherheitselemente für eine überwiegende Mehrheit der Spanier. Die PSOE-Regierung ist bestrebt, für Spanien eine aussenpolitische Stellung zu gewinnen, die der Frankreichs vergleichbar ist. Man betont bei aller Einbindung in die westliche Allianz die spanische Souveränität. In diesen Rahmen sind die laufenden Verhandlungen mit Washington über eine Verringerung der militärischen US-Präsenz auf spanischem Boden einzuordnen.

Ministerpräsident Felipe González hat es selbst folgendermassen definiert: «Es geht nicht darum, dass die Nordamerikaner gehen, sondern darum, wie sie bleiben!» Hauptgegenstand der Gespräche zwischen Madrid und Washington ist der Luftwaffen-Stützpunkt in Torrejón bei Madrid, der eines der US-Hauptquartiere in Europa ist. Madrid verlangt den Abzug des dort stationierten taktischen Geschwaders der US-Streitkräfte, der aus 79 Flugzeugen des Typs F-16 besteht. Eine Reduzierung der militärischen US-Präsenz soll nach dem Willen der PSOE-Regierung auch in anderen Stützpunkten wie Saragos-

sa vorgenommen werden, wobei der wichtige Marine- und Luftwaffenstützpunkt von Rota bei Cádiz unerwähnt bleibt. Der Rota-Stützpunkt erfüllt nämlich ein reelles Sicherheitsbedürfnis Spaniens im wichtigen strategischen Dreieck Kanarische Inseln – Nordafrika – Gibraltar.

Anders als westliche Beobachter meinen könnten, geht es den spanischen Sozialisten bei solchen Gesprächen mit Washington weniger darum, ihren Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik zu relativieren, als vielmehr darum, die Hypotheken aus der Franco-Zeit zu liquidieren und durch neue Abkommen von gleich zu gleich zu ersetzen. Spanien fühlt sich als ein souveränes westeuropäisches Land, das aus eigener Überzeugung und aus freien Stücken seinen Sicherheits- und Verteidigungsbeitrag leisten will, allerdings in dem Masse und nach den Bedingungen, die die spanische Regierung für richtig hält. Die spanischen Sozialisten gehören zu jenen in Europa, die wie Oskar Lafontaine und Peter Glotz die Hoffnung nähren, Europa und die Nato könnten mehr «europäisiert» werden. Die PSOE, die auch die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit mit den USA für die Europäer hoch ansetzt, will für Europa mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA und der Sowjetunion. Nach den Vorstellungen des spanischen Außenministers Francisco Fernandez Ordóñez sollte Europa mit einer Stimme sprechen, wenn es um Fragen geht, die die ureigenen Interessen der Europäer tangieren. Die Europäer sollten sich zum Beispiel nicht in weltweite Konflikte der Führungsmacht USA hineinziehen lassen.

Europäisiertes Europa

Zur PSOE-Vorstellung eines

«europäisierten Europas» gehört ebenfalls die von González in Aussicht gestellte Beteiligung an einer deutsch-französischen militärischen Achse, wobei hier allerdings die Zusammenarbeit an gemeinsamen Rüstungsprojekten eine vorrangige Rolle zu spielen scheint. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Spanien ist das ein verständliches Anliegen. Es ist aber auch ein schwieriges Thema für eine sozialistische Partei, die im übrigen in ihrer Friedenspolitik mehr auf gemeinsame Sicherheit durch gegenseitige Verständigung und Vertrauensbildung als auf Abschreckung durch Waffen setzt.

Andererseits kann Spanien nie mit dem französischen Traum konkurrieren, die militärische Führungsmacht in Europa zu werden, die nach einem künftigen Verschwinden aller Mittelstreckenwaffen und einer totalen nuklearen Abrüstung der USA und der Sowjetunion in Europa die bisherige Rolle der USA als atomare Schutzmacht der Europäer übernimmt. In Madrid weiss man sehr wohl, dass nur ein gesamteuropäischer Konsens über Sicherheit und Zusammenarbeit mit Osteuropa ein selbständigeres Europa der Wirklichkeit näher bringen kann.

Herausforderung für die Zukunft

In den Widersprüchen, die ihm die ökonomischen Sachzwänge auferlegen, ist der spanische Sozialismus keine Ausnahme in Europa. Auch die PSOE muss sich wie ihre europäischen Schwesterparteien mit einer immer komplexer werdenden Welt auseinandersetzen, auf deren Herausforderungen für die Zukunft die traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen und Rezepte nur eine höchst unzurei-

chende Antwort sind. Was die Situation der PSOE aber atypisch macht, ist die Tatsache, dass die Sozialisten in Spanien, anders als ihre Genossen in den anderen Ländern Westeuropas (Griechenland ausgenommen), die Krise der neokapitalistischen Gesellschaft auch noch verwalten müssen.

In Spanien gibt es bisher keine starke konservative Partei, die – hoffentlich nur vorübergehende – Ratlosigkeit vieler Sozialdemokraten vor dem rasanten gesellschaftlichen Wandel und den immer undurchschaubareren transnationalen Interdependenzen zwischen neuen Technologien, Wissenschaft und Wirtschaft sowie dem industriellen-militärischen Komplex für sich bucht und in eine neoliberale Politik ummünzt. Ob es um die gerechtere Verteilung des Volkseinkommens geht oder darum, dem Wachstum einen menschen- und naturgerechteren Sinn zu geben, ob es darum geht, für die Erhaltung unserer natürlichen Umwelt einzutreten, oder last but not least für mehr Freiheit und Demokratie zu kämpfen: die PSOE muss sich denselben Herausforderungen stellen wie ihre europäischen Schwesterparteien.

Eine andere Frage ist, ob die spanischen Sozialisten die Kraft aus sich selber finden werden, die Spannungen zwischen Praxis und Theorie auszugleichen. Werden sie ihre Politik tatsächlich an den Thesen der jüngst in Jávea bei Alicante versammelten Theoretiker der Partei ausrichten, für die sich der PSOE in diesem Jahrzehnt die dreifache Aufgabe stellt, bei mehr Demokratie die wirtschaftliche Stabilität zu sichern, bei mehr Wohlstand die soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und in Frieden die gemeinsame Sicherheit zu fördern und zu garantieren?

AZ 8021 Zürich

**Lehrstuhl für
Zivilrecht und
Arbeitsrecht**

ETH Zürich

Technische Universität